

AZZA SOLIMAN

(1968 -) ÄGYPTEN

ENGAGEMENT

FRAUENRECHTE



Azza Soliman © René Clement

**MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUFGRUND IHRES ENGAGEMENTS:
RECHT AUF FREIZÜGIGKEIT UND AUSWANDERUNGSFREIHEIT,
SYSTEMATISCHE VERFOLGUNG, SCHIKANEN, EINSCHÜCHTERUNG**

Azza Soliman ist Leiterin der Rechtsberatungsstelle für ägyptische Frauen (CEWLA), eine Organisation, die armen Frauen und Opfern von häuslicher Gewalt und Vergewaltigungen juristische Hilfe, psychologische Unterstützung und Alphabetisierungskurse anbietet.

Im Dezember 2016 wird Azza von Sicherheitskräften in ihrem Haus festgenommen und für eine Befragung dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Ihr wird vorgeworfen, ohne Erlaubnis der Regierung Gelder aus dem Ausland entgegengenommen zu haben. Nach einigen Stunden wird sie freigelassen.

Die Verhaftung von Azza erfolgt etwa drei Wochen nachdem die Behörden ihre persönlichen Vermögenswerte und die Gelder der Organisation (CEWLA) ohne richterliche Verfügung eingefroren haben. Im November 2016 wird sie an der Ausreise nach Jordanien gehindert, wo sie an einer Weiterbildungsveranstaltung zum Thema Rechte der Frauen im Islam teilnehmen wollte. Meistens geben die Behörden keine stichhaltigen Gründe für ein Reiseverbot an. Zudem wissen die Betroffenen oft gar nicht, dass ein Reiseverbot für sie besteht und wie lange dieses gilt.

Azza werden mehrere Vergehen zur Last gelegt, darunter der Vorwurf, den Ruf Ägyptens zu schädigen, weil sie behauptet habe, dass im Land Frauen vergewaltigt werden. Ihr droht eine Haftstrafe von bis zu 15 Jahren.

Im Mai 2017 erliess der ägyptische Präsident ein Gesetz, das die Arbeitsweise der NGOs regelt. Unter anderem sieht dieses Gesetz vor, dass eine nationale Behörde die ausländische Finanzierung ägyptischer NGOs und die Aktivitäten ausländischer NGOs überwacht.



BERTA CÁCERES

(1972-2016) HONDURAS

ENGAGEMENT

**RECHTE INDIGENER VÖLKER,
LANDRECHTE, UMWELTRECHTE**

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUFGRUND IHRES ENGAGEMENTS:

VERFOLGUNG, ÜBERWACHUNG, DROHUNGEN, KRIMINALISIERUNG IHRER ARBEIT, ERMORDUNG

Berta Cáceres wird am 2. März 2016 von bewaffneten Männern in ihrem Haus erschossen. Es ist davon auszugehen, dass ihr Engagement für die Menschenrechte zu ihrer Ermordung geführt hat. Berta war Mitbegründerin des 1993 ins Leben gerufenen *Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígena de Honduras* (COPINH). Sie setzte sich ohne Unterlass für die Rechte indigener Völker ein, insbesondere für die Gemeinschaft der Lenca, der sie selber angehörte.

Zwischen 2013 und 2015 organisieren die COPINH-Mitglieder Demonstrationen gegen den Bau des Staudamms *Agua Zarca* der Firma *Desarrollos Energéticos S.A.* (DESA). Dieser stellt für die Lenca eine Bedrohung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen dar. Berta und ihre KollegInnen werden mehrmals von der Regierung und von nichtstaatlichen Akteuren angegriffen, die ihre wirtschaftlichen Interessen gefährdet sehen.

Die honduranische Regierung trifft keinerlei Massnahmen, um Berta zu schützen. Der Aktivistin wird mit Waffengewalt, mit Entführung und Verschwindenlassen gedroht, sie wird überwacht und muss um das Leben ihrer Kinder fürchten. Berta wird Opfer von Gewalt und Übergriffen. Ihre Arbeit wird kriminalisiert, alles mit dem Ziel, sie zum Schweigen zu bringen. Auch nach ihrer Ermordung gehen die Einschüchterungen gegenüber ihrer Gemeinschaft und der Organisation COPINH weiter.

Die Untersuchungen über Bertas Ermordung laufen. Anfangs wird der Zusammenhang zwischen ihrer Menschenrechtsarbeit und ihrem Tod nicht näher in Erwägung gezogen. Einen Monat nach ihrer Ermordung lässt die Regierung schliesslich verlauten, dass alle möglichen Spuren untersucht würden. Acht Personen werden wegen ihrer vermuteten Beteiligung festgenommen, darunter ein Angehöriger Bertas aber auch der Leiter der DESA sowie ein ehemaliger Angehöriger des Militärs. Letzterer übte eine Sicherheitsfunktion auf der Staudamm-Baustelle aus. Angehörige von Berta bestätigen, dass für sie der Zugang zu den Dossiers und eine angemessene Beteiligung am Ermittlungsverfahren sehr schwierig sei.

BRUNO MANSER

(1954 - ?) SCHWEIZ UND MALAYSIA

ENGAGEMENT

UMWELTRECHTE UND

RECHTE DER INDIGENEN VÖLKER

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUFGRUND SEINES ENGAGEMENTS:

UNMENSCHLICHE UND ERNIEDRIGENDE BEHANDLUNG, WILLKÜRLICHE VERHAFTUNG, VERSCHWINDENLASSEN

Bruno Manser ist in Basel geboren. Beseelt vom Wunsch, ein Leben ohne Geld zu führen, macht er sich als 30-Jähriger in den Regenwald nach Borneo auf. Er durchquert den Bundesstaat Sarawak und lässt sich bei den Penan, einem der letzten nomadisch lebenden Urvölker der Erde, nieder. Bruno engagiert sich für die Rechte der Penan gegenüber der Holzindustrie, die skrupellos und im Einvernehmen mit der malaysischen Regierung die Regenwälder in Sarawak abholzt.

Zwischen 1984 und 1990 lebt Bruno mit den Penan und lernt das Überleben im Dschungel sowie die Kultur seiner GastgeberInnen kennen. Aber schon damals ist dieses Paradies in Gefahr. Lokale Holzfirmen dringen in die einzigartigen Urwälder Borneos vor und gefährden die natürliche Lebensgrundlage der Penan stark. Durch das Abholzen schwindet die überlebenswichtige Vegetation, das Trinkwasser wird verschmutzt, die Tiere werden vertrieben und kulturelle Stätten der Penan werden entweiht.

Bruno macht die internationalen Medien auf die Situation aufmerksam. Er hilft den Penan, sich mittels friedlicher Strassenblockaden gegen die Holzfirmen zu wehren und zieht damit den Zorn der malaysischen Behörden auf sich. Nur knapp entgeht er 1986 einer Verhaftung. Nach sechs Jahren im Dschungel kehrt er 1990 in die Schweiz zurück und gründet 1992 den Bruno Manser Fonds. Mit seinen spektakulären Aktionen sorgt er im In- und Ausland für grosses Aufsehen und erwirbt sich einen Ruf als Kämpfer für die Erhaltung der tropischen Regenwälder und für die Rechte der indigenen Völker.

Auch nach 1990 reist Bruno trotz Einreiseverbot und ausgesetztem Kopfgeld regelmässig zu den Penan zurück, aber von seiner letzten Reise nach Sarawak im Jahr 2000 kehrt er nicht mehr heim. Im März 2005 erklärt ihn ein Basler Zivilgericht amtlich für verschollen. **Doch bis heute inspiriert Bruno Menschen weltweit, sich für die Regenwälder und die Menschenrechte einzusetzen.**

EDWARD SNOWDEN

(1983 -) VEREINIGTE STAATEN

ENGAGEMENT

SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUFGRUND SEINES ENGAGEMENTS:

**RECHT AUF FREIZÜGIGKEIT UND AUSWANDERUNGSFREIHEIT, ASYLRECHT,
ANSPRUCH AUF EIN FAIRES GERICHTSVERFAHREN, UNSCHULDSVERMUTUNG**

Edward Snowden drohen in den USA 30 Jahre Haft, weil er Informationen von grossem öffentlichem Interesse aufgedeckt hat. Im Juni 2013 übergibt der ehemalige Mitarbeiter des US-Geheimdienstes (NSA) Informationen an Journalisten, die das Ausmass der illegalen weltweiten Überwachung durch die US-amerikanische und britische Regierung in Zusammenarbeit mit Australien, Kanada und Neuseeland zeigen. Seine Enthüllungen entfachen eine weltweite Debatte, die zu rechtlichen Anpassungen für einen besseren Schutz der Privatsphäre führen.

Edward erklärt, dass er «die Öffentlichkeit darüber informieren wollte, was in ihrem Namen und gegen sie geschieht». Die US-amerikanische Regierung bezeichnet ihn als «Verräter» und verlangt seine Auslieferung durch Russland, wo er seit 2013 im Exil lebt, weil er das Spionagegesetz von 1917 (*Espionage Act*) verletzt habe.

US-amerikanische Regierungsvertreter verurteilten ihn öffentlich und verletzten damit die Unschuldsvermutung, da es noch nicht zum Prozess gekommen ist. Es bestehen ernsthafte Zweifel, ob ihn in den USA ein fairer Prozess erwartet, denn im Namen des öffentlichen Interesses könnte ihm untersagt werden, sich öffentlich zu verteidigen.

Die US-amerikanische Regierung annulliert Snowdens Pass, womit sein Recht auf Freizügigkeit verletzt und ihm die Ausreise in Länder, die im Asyl angeboten haben, verunmöglicht wird.

Der Fall Snowden zeigt beispielhaft, wie einige Staaten die Gesetzgebung missbrauchen, um Personen, die sich für die Menschenrechte und spezielle für die Privatsphäre einsetzen, als Straftäter abzustempeln und zu verfolgen. Dieses Klima der Angst verhindert, dass Informationen von allgemeinem Interesse aufgedeckt werden. Und doch sensibilisiert der Whistleblower weiterhin die Öffentlichkeit, auch in den USA.

EMILIE LIEBERHERR

(1924-2011) SCHWEIZ

ENGAGEMENT

FRAUENRECHTE

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUFGRUND IHRES ENGAGEMENTS:
DISKRIMINIERUNG AUFGRUND IHRES GESCHLECHTS

Emilie Lieberherr ist eine Symbolfigur des Schweizer Feminismus. Geboren wird sie 1924 in Erstfeld im Kanton Uri. Als erstes Mädchen schliesst sie mit einer Matur ab und erwirbt an der Uni Bern einen Dokortitel in Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Als SP-Vertreterin ist sie die erste Zürcher Stadträtin (1970–1994) und vertritt als erste Ständerätin der Sozialdemokratischen Partei den Kanton Zürich im eidgenössischen Parlament (1978–1983).

Emilie engagiert sich für die Gleichstellung von Mann und Frau und für die Rechte von Jungen, Alten und von sozial Benachteiligten. Sie gilt als progressive Persönlichkeit in Sachen Sozialpolitik.

In einer Zeit, in der die Frauen auf Bundesebene und in einigen Kantonen nach wie vor nicht stimmberechtigt sind, macht sich Emilie für das Frauenstimmrecht stark. Die Schweiz ist eines der letzten europäischen Länder, das den Frauen die vollen Bürgerrechte zugesteht.

Im Jahr 1969 wird Emilie Präsidentin vom «Aktionskomitee für den Marsch auf Bern». Am 1. März dieses Jahres demonstrieren rund 5000 Personen, vor allem Frauen, gegen die mangelnde Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in der Schweiz. Ihre Forderungen nach einem Ende der Diskriminierung und für die Gleichstellung vor dem Gesetz werden ignoriert. Der Bundesrat weigert sich beim «Marsch auf Bern», die Frauen mit ihrer Petition zu empfangen.

An der Abstimmung vom 7. Februar 1971 entscheidet sich dennoch eine Mehrheit von 65,7 Prozent der Männer (gegen 34,3 Prozent Nein-Stimmen) für das Stimm- und Wahlrecht der Frauen. Bis das Frauenstimmrecht für alle Frauen in allen Schweizer Kantonen und Gemeinden eingeführt wird, dauert es allerdings bis 1990. **Noch heute kämpfen die Frauen für Gleichberechtigung, insbesondere für die Lohnleichheit von Mann und Frau und gegen häusliche Gewalt.**

MALALA YOUSAFZAI

(1997-) PAKISTAN

ENGAGEMENT

RECHT AUF BILDUNG

FRAUENRECHTE



Malala Yousafzai © Antonio Olmos

**MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUFGRUND IHRES ENGAGEMENTS:
EINSCHÜCHTERUNG, MORDDROHUNGEN, VERSUCHTE ERMORDUNG**

Schon in jungen Jahren ist Malala politisch aktiv. Auch ihr Vater setzt sich für das Recht auf Bildung ein, unter anderem gründet er eine Schule. Mit elf Jahren tritt Malala an die Öffentlichkeit: Sie begleitet ihren Vater an eine Pressekonferenz nach Peshawar und wirft den Taliban vor, Schulen zu zerstören und die Scharia vorzuschreiben. Unter dem Pseudonym Gul Makai führt sie einen von der BBC veröffentlichten Blog, in dem sie ihr Leben unter dem Taliban-Regime beschreibt. Malala erhält mehrmals Morddrohungen.

Eines Tages wird ihr Schulbus angehalten. Taliban steigen ein und fragen: « Wer von euch ist Malala? ». Malala wird von einem Schuss am Kopf getroffen. Noch im Koma wird sie in ein britisches Spital geflogen. Wie durch ein Wunder ist ihr Gehirn unverletzt, dennoch dauert es vier Monate, bis Malala genesen ist.

Heute strebt Malala eine politische Karriere an, um Pakistans Zukunft zu verbessern. « Ich möchte Politikerin werden. Ich möchte die Zukunft meines Landes verändern und die Bildung zur Pflicht machen. »

Im Jahr 2012 gründen die UNESCO und Pakistan den « Malala Fund », mit dem Ziel, allen Mädchen weltweit eine qualitativ hochstehende Schulbildung zu ermöglichen. Im April 2013 steht Malala auf der Time-Liste der hundert einflussreichsten Menschen der Welt.

Der Mordanschlag auf Malala und die Einschüchterungsversuche zeigen, in welchem Masse Extremisten und Terrorgruppen eine Bedrohung für MenschenrechtsaktivistInnen darstellen.



MARTIN LUTHER KING JR.

(1929-1968) VEREINIGTE STAATEN

ENGAGEMENT

BÜRGERRECHTE DER AFROAMERIKANERINNEN

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUFGRUND SEINES ENGAGEMENTS:
EINSCHÜCHTERUNG, WILLKÜRLICHE VERHAFTUNG, ERMORDUNG

Martin Luther King Jr. ist ein schwarzer Pfarrer, der sich friedlich für die Anerkennung der Bürgerrechte der AfroamerikanerInnen in den USA einsetzt. Martin Luther King Jr. propagiert auch den zivilen Ungehorsam und den friedlichen Widerstand, um die politische und wirtschaftliche Gleichheit der schwarzen Bevölkerung voranzutreiben.

Am 1. Dezember 1955 weigert sich die junge Afroamerikanerin Rosa Parks ihren Sitzplatz in einem öffentlichen Bus in Montgomery, Alabama, einem Weissen zu überlassen. Sie wird festgenommen und verurteilt. Martin Luther King Jr. wird zum führenden Kopf der Bürgerrechtsbewegung und ermutigt die schwarze Bevölkerung, das betroffene Busunternehmen zu boykottieren. Mehr als ein Jahr lang beklagt die Firma finanzielle Verluste.

Es kommt zu Einschüchterungen durch Befürworter der Rassentrennung gegen die Boykott-Teilnehmenden, auch gegen Martin Luther King Jr. Sein Haus, in dem er mit seiner Familie lebt, und seine Kirche werden durch einen Bombenanschlag zerstört. Er selbst wird von den Behörden eingesperrt. Der Oberste Gerichtshof der USA erklärt die Rassentrennung in den öffentlichen Verkehrsmitteln 1956 für verfassungswidrig; damit ist der Boykott beendet.

Sein ungebrochener Mut, sich für die Rechte der Schwarzen einzusetzen, stösst in der amerikanischen Gesellschaft auf grosse Begeisterung. Im Jahr 1963 hält er vor dem *Lincoln Memorial* in Washington D.C. vor 250'000 Menschen seine berühmte Rede *I have a dream* (Ich habe einen Traum). Ein Jahr später unterzeichnet der amerikanische Präsident Lyndon Johnson den *Civil Rights Act*, der die Rassentrennung in öffentlichen Einrichtungen aufhebt. **Im selben Jahr erhält Martin Luther King Jr. den Friedensnobelpreis. Der Voting Rights Act 1965 bedeutet das offizielle Ende der Apartheid in allen US-amerikanischen Staaten.**

Doch Kings Erfolg erfreut nicht alle. Nach Jahren der Einschüchterung, Verhaftung und versuchter Ermordungen wird King am 4. April 1968 von einem Rassisten erschossen.

NARGES MOHAMMADI

(1972-) IRAN

ENGAGEMENT

FRAUENRECHTE

GEGEN DIE TODESSTRAFE

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUFGRUND IHRES ENGAGEMENTS:

RECHT AUF FREIZÜGIGKEIT UND AUSWANDERUNGSFREIHEIT, ASYLRECHT, ANSPRUCH AUF EIN FAIRES GERICHTSVERFAHREN, MEINUNGS- UND REDEFREIHEIT, VERSAMMLUNGS- UND VEREINIGUNGSFREIHEIT

Narges Mohammadi ist eine iranische Menschenrechtsaktivistin. Sie war stellvertretende Geschäftsführerin des iranischen Menschenrechtszentrums, bevor das Zentrum von der iranischen Regierung aufgelöst wird. Iranische Gerichte verurteilen sie wegen ihres Engagements für die Menschenrechte zu 22 Jahren Haft. Narges setzt sich insbesondere gegen die Todesstrafe ein, unter anderem trifft sie sich mit Catherine Ashton, der ehemaligen Hohen Vertreterin der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik. Nach ihrer letzten Inhaftierung müssen ihre inzwischen zehnjährigen Zwillinge ins Ausland zu ihrem Vater ziehen, der seit 2012 als politischer Flüchtling in Frankreich lebt. Die Behörden verweigern Narges das Recht, mit ihren Kindern in Kontakt zu bleiben.

Im Rahmen der verschiedenen Prozesse wird Narges unter anderem wegen «Gründung einer verbotenen Gruppierung», die sich für die Abschaffung der Todesstrafe im Iran einsetzt, sowie wegen «Versammlung und Verschwörung gegen die nationale Sicherheit» und wegen «Verbreitung von Propaganda gegen die Regierung» verurteilt.

Seit Jahren wird Narges von der iranischen Regierung wegen ihres friedlichen Menschenrechtsengagements schikaniert und eingeschüchtert. Seit 2009 darf sie den Iran nicht verlassen, sodass sie weder 2010 nach Guatemala reisen kann, um an einer internationalen Konferenz der Stiftung *Nobel Women's Initiative* teilzunehmen, noch 2011 nach Schweden, um den *Per-Anger-Preis* entgegenzunehmen.

Ihre Verurteilung stellt einen gnadenlosen Angriff auf die MenschenrechtsverteidigerInnen im Iran dar und macht deutlich, wie das iranische Justizwesen als Instrument der Repression missbraucht wird.

PHYOE PHYOE AUNG

(+/-1988 -) MYANMAR / BURMA

ENGAGEMENT

RECHT AUF BILDUNG

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUFGRUND IHRES ENGAGEMENTS:

ERNIEDRIGENDE BEHANDLUNG, WILLKÜRLICHE VERHAFTUNG, RECHT AUF FREIE VERSAMMLUNGS- UND VEREINIGUNGSFREIHEIT

Phyoe Phyoe Aung ist eine junge Aktivistin und Generalsekretärin der *All Burma Federation of Student Unions* (ABFSU). Diese Organisation nimmt aktiv an Demonstrationen gegen das nationale Bildungsgesetz teil, das am 30. September 2014 vom Parlament verabschiedet wurde. Laut unabhängigen Experten und Studierendenorganisationen schränkt dieses Gesetz die akademischen Freiheiten ein und Minderheiten wie die muslimischen Myanmar haben gar keinen Zugang zu höherer Bildung. Weil Phyoe Phyoe einen friedlichen Studierendenprotest mitorganisiert hat, wird sie festgenommen und geschlagen.

Die ABFSU gehört zu einer Reihe von Organisationen, die eine Liste mit zehn Forderungen an die Regierung zusammengestellt haben: unter anderem verlangen sie das Recht, Vereinigungen für Studierende und DozentInnen gründen zu können oder Einfluss auf die Lehrinhalte an Hochschulen nehmen zu können.

Im März 2015, als sich der Demonstrationzug Richtung Rangun, die grösste Stadt in Myanmar, bewegt, stoppt die Polizei den Protestmarsch, indem sie mit Schlagstöcken auf die Demonstrierenden losgeht und die Teilnehmenden verhaftet. Phyoe Phyoe und mehr als hundert anderen Studierenden wird eine ganze Reihe fragwürdiger Straftaten vorgeworfen. Die meisten von ihnen sollen das Gesetz über friedliche Kundgebungen durch illegale Versammlungen, Ausschreitungen und Angriffe auf Staatsbeamte verletzt haben. Mehreren Studierenden, darunter Phyoe Phyoe Aung, drohen Haftstrafen von mehr als neun Jahren.

Nach einem Jahr Haft werden Phyoe Phyoe und 69 weitere MenschenrechtsaktivistInnen, die seit 2015 im Gefängnis sitzen, freigelassen – kurz nach dem Amtsantritt der neuen Regierung. Phyoe Phyoe wird in allen Anklagepunkten freigesprochen.

Phyoe Phyoe Aung © Private (AI)



SAKRIS KUPILA

(1996 -) FINNLAND

ENGAGEMENT

TRANSGENDER-RECHTE

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUFGRUND SEINES ENGAGEMENTS:
**SCHIKANEN, EINSCHÜCHTERUNG, DROHUNGEN, FEINDSELIGES VERHALTEN,
RECHT AUF BILDUNG**

Sakris Kupila ist ein 21-jähriger Medizinstudent. Bereits als Teenager erkennt er, dass er transgender ist, dass das Geschlecht, das man ihm bei der Geburt zugeschrieben hat, nicht die Wahrheit über ihn aussagt.

Jahrelang ist er unglücklich, lebt zurückgezogen und versucht herauszufinden, wie er in einer Welt aufwachsen soll, die versucht, ihn in eine komplett falsche Rolle zu drängen. Ein paar Jahre später wird ihm klar, dass er nur mit einer Transition (Geschlechtsumwandlung) in der Lage sein wird, ein glückliches Leben zu führen und sich wohlfühlen.

Das gegenwärtige Gesetz zur Anerkennung des legalen Geschlechts verlangt jedoch, dass die beantragende Person älter als 18 Jahre sein muss und eine psychiatrische Diagnose erstellt werden muss. Ausserdem muss die Person sterilisiert oder unfruchtbar sein. Sakris ist nicht unfruchtbar und will es auch nicht sein.

Sakris erinnert sich an den Moment, als er erkennt, dass er unfruchtbar gemacht werden muss, um sein legales Geschlecht angleichen lassen zu können. Er ist noch ein Jugendlicher und die Erkenntnis ist niederschmetternd. Er weiss, dass er, wenn es nach der Regierung geht, nicht das Recht oder die Möglichkeit haben darf, Kinder zu bekommen. Er fühlt sich schlecht und hat das Gefühl, anders, ja sogar fremdartig zu sein und aufgrund seiner Geschlechtsidentität nicht als Mensch wahrgenommen zu werden.

Seine Arbeit zur Verteidigung der Rechte von Trans*Menschen führt dazu, dass er immer wieder Belästigungen, Einschüchterungen, Gewaltandrohungen und offener Feindseligkeit ausgesetzt ist, wodurch er gezwungen wird, sein Studium ein Jahr lang zu unterbrechen.

SOPHIE SCHOLL

(1921-1943) DEUTSCHLAND

ENGAGEMENT

MEINUNGS- UND REDEFREIHEIT

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUFGRUND IHRES ENGAGEMENTS:

**REDEFREIHEIT, ANSPRUCH AUF EIN FAIRES GERICHTSVERFAHREN,
FOLTER UND ERNIEDRIGENDE BEHANDLUNG, HINRICHTUNG**

Sophie Scholl ist eine junge Studentin, die sich in der Widerstandsgruppe *Die Weisse Rose* gegen Hitler und die Nazis engagiert. Im Jahr 1943 werden sie und ihr Bruder Hans Scholl beim Verteilen von Flugblättern gegen den Krieg erwischt und kurz darauf wegen Hochverrat hingerichtet. Sophie Scholl wird zu einer Symbolfigur für den Widerstand gegen Nazideutschland.

Im Januar 1943 beteiligt sich Sophie Scholl zunächst an der Verbreitung eines ersten Flugblatts an der Universität München. Zusammen mit ihren FreundInnen denunziert sie das nationalsozialistische Regime und fordert die Deutschen auf, gegen die Tyrannei der Regierung Widerstand zu leisten. Weitere Flugblätter werden unter anderem in Köln, Stuttgart, Berlin und Wien verteilt. Die Gestapo verstärkt ihre Suche nach den AutorInnen der Flugblätter. Interner Widerstand wird zu dieser Zeit von der geheimen Staatspolizei, die den Auftrag hat, jegliche den Staat oder die Partei gefährdende Bewegungen zu vernichten, rasch unterdrückt. Hans und Sophie Scholl sind sich der Gefahr, der sie sich aussetzen, durchaus bewusst.

Das sechste Flugblatt ist ein Aufruf, das nationalsozialistische Regime zu stürzen und ein « neues geistiges Europa » zu errichten. Es wird in Grossbritannien nachgedruckt und von britischen Flugzeugen über Deutschland abgeworfen.

Am 18. Februar 1943 werden Sophie und Hans Scholl von einem Hörsaaldiener der Universität München beim Verteilen von Flugblättern entdeckt. Zusammen mit Christoph Probst, einem weiteren Mitglied der *Weissen Rose*, werden sie festgenommen.

Am 22. Februar 1943 kommt der für Hoch- und Landesverrat zuständige Volksgerichtshof in München für ein dreistündiges Schnellverfahren zusammen. Gerichtspräsident ist der extra aus Berlin angereiste Roland Freisler. Sophie Scholl betritt den Gerichtssaal mit Krücken, eine Folge des brutalen Verhörs durch die Gestapo. Alle drei werden des Hochverrats schuldig gesprochen und noch am selben Tag mit der Guillotine hingerichtet.

RAÏF BADAWI

(1983 -) SAUDI-ARABIEN

ENGAGEMENT

RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG

FRAUENRECHTE

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUFGRUND SEINES ENGAGEMENTS:

MEINUNGS- UND REDEFREIHEIT, WILLKÜRLICHE VERHAFTUNG, FOLTER, GRAUSAME UND ERNIEDRIGENDE BEHANDLUNG

Raif Badawi ist ein Gewissensgefangener, dessen einziges « Vergehen » darin besteht, dass er von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch macht, indem er ein Online-Portal für öffentliche Diskussionen gründet. Im Mai 2014 wird er von einem Gericht in Jeddah zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, dazu kommen ein zehnjähriges Reiseverbot nach Ablauf der Haftstrafe sowie das Verbot, die Medien zu nutzen, eine Busse von einer Million Saudi-Rial (ca. 230'000 Euro) und 1000 Stockhiebe. Das Urteil wird vom Obersten Gerichtshof bestätigt. Die grausame Bestrafung von wöchentlich 50 Stockschlägen wird ein erstes Mal im Januar 2015 ausgeführt, danach sorgt der weltweite Druck dafür, dass die Strafe bis heute ausgesetzt wird.

Ein Jahr nachdem der weltweite öffentliche Aufschrei die Stockschläge stoppt, befinden sich Raif und mehr als zehn andere Gewissensgefangene, denen das gleiche Schicksal droht, immer noch in Haft. Seine Frau Ensaf Haidar lebt mit den Kindern in Kanada. Die Kinder haben ihren Vater seit Jahren nicht mehr gesehen.

Immer mehr Personen werden aufgrund eines strengen Antiterrorgesetzes verurteilt. So geht es auch Waleed Abu al-Khair, einem auf Menschenrechte spezialisierten Anwalt und Verteidiger von Raif. Al-Khair wird aufgrund dieses Gesetzes zu 15 Jahren Haft verurteilt. Der Hintergrund seiner Verurteilung liegt darin, dass er zahlreiche friedliche AktivistInnen verteidigte und gegen die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in seinem Land protestierte.

In Saudi-Arabien gelten für die freie Meinungsäußerung weitreichende Restriktionen; Widerstand wird von der Regierung unterdrückt. Regierungskritische Personen werden oftmals schikaniert, festgenommen und angeklagt.